STADT AHRENSBURG - Beschlussvorlage -		Vorlagen-Nummer 2011/069
öffentlich		
Datum 04.05.2011	Aktenzeichen FB I/ FD I.3	Federführend: Herr Kienel

Betreff

Haushaltskonsolidierung und Aufgabenkritik

Beratungsfolge Gremium Hauptausschuss	Datum 16.05.2011	Berichterstatter
---	----------------------------	-------------------------

Finanzielle Auswirkungen:		JA		NEIN
Mittel stehen zur Verfügung:		JA		NEIN
Produktsachkonto:				
Gesamtaufwand/-auszahlungen:				
Folgekosten:				
Bemerkung:				

Beschlussvorschlag:

Die Frist für die Vorlage eines Ergebnisberichtes zur Produktkritik wird bis Ende 2011 verlängert. Die Konzepterstellung erfolgt in Eigenregie durch die Verwaltung.

Sachverhalt:

In die Vorlage 2010/121 über Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung wurde auch der Hinweis des Innenministeriums aus der Haushaltsgenehmigung 2010 zur Überprüfung der Personalkosten und der Erstellung eines Konzeptes über eine mögliche mittel- oder langfristige Reduzierung des Personalbestandes aufgenommen.

Mit der genannten Vorlage hat sich der Hauptausschuss am 22.11.2010 auseinandergesetzt. Die CDU-Fraktion hat am 24.01.2011 beantragt,

- dem Hauptausschuss bis zum 30.06.2011 das vom Innenministerium empfohlene Konzept zur mittel- bis langfristigen Konsolidierung des Personalbestandes vorzulegen.
- Weiter wurde beantragt, im Rahmen des Konzeptes aufzuzeigen, inwieweit das Petersen-Gutachten zur Verwaltungsorganisation zwischenzeitlich umgesetzt worden ist.

- In dem Konzept sollen auch Vergleichswerte anderer schleswig-holsteinischer Gemeinden aufgeführt werden (z. B. Personalkosten/Einwohner). Ferner ist zusammen mit dem Konzept auch eine Übersicht über das planmäßige (altersbedingte) Ausscheiden aller Stelleninhaber vorzulegen.

Der Hauptausschuss hat dem Antrag am 14.02.2011 zugestimmt.

Der Bürgermeister hat daraufhin den Fachbereich I/Fachdienst I.3 mit der Konzepterstellung beauftragt. Inhalt des Konzeptes soll eine Darstellung sein, welche Aufgaben verringert oder gar nicht mehr wahrgenommen werden sollen, wie sich dies finanziell auswirkt und welche Folgen sich daraus ergeben.

Die Verwaltung hat daraufhin zunächst intern die Vorgehensweise festgelegt. Es war vorgesehen, die Fachdienste mittels eines umfassenden Fragebogens von Anfang an einzubinden. Dabei sollten unter anderem

- die Aufgaben klassifiziert werden (Weisungsangelegenheiten/pflichtige Selbstverwaltungsangelegenheiten/freiwillige Selbstverwaltungsangelegenheiten),
- die Aufgaben den von der Stadtverordnetenversammlung am 29.08.2005 beschlossenen strategischen Zielen zugeordnet werden und
- Vorschläge für eine Aufgabenreduzierung abgefragt werden.

Anschließend sollten die Daten der Fachdienste einer internen Projektgruppe - bestehend aus jeweils einer/einem Vertreter/in der Fachbereiche, eine/n Vertreter/in des Rechnungsprüfungsamtes, eine/n Vertreter/in des Personalrates, der Gleichstellungsbeauftragten sowie dem Fachdienst I.3 Zentrale Dienste – vorgelegt werden. Die Projektgruppe sollte die Angaben/Vorschläge prüfen und daraus ein Konzept für die städtischen Gremien erarbeiten.

Diese geplante Vorgehensweise hat der Bürgermeister in der Sitzung des Hauptausschusses am 04.04.2011 vorgestellt und ausgeführt, dass der Personalrat seine Zustimmung dazu verweigert.

Damit ist absehbar, dass das Konzept bzw. ein Ergebnisbericht zu dem vorgesehenen Termin nicht vorliegen kann.

Wie kann es weitergehen?

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass erst vor einigen Jahren die Fa. Petersen & Co. beauftragt wurde, die Kernverwaltung einschließlich Volkshochschule und Stadtbücherei hinsichtlich der Optimierung der Aufgabenerledigung und der Stellenbesetzung zu untersuchen. Ziel der Untersuchung war es, Entscheidungsgrundlagen für die Anpassung des Aufgabenbestandes, der Arbeitsabläufe und der Personal- und Organisationsstruktur vorzulegen. Der Auftrag umfasste auch die kritische Bewertung des Aufgabenbestandes, der Aufbau- und Ablauforganisation, der Personalausstattung sowie des Technikeinsatzes. Außerdem sollten konkrete Optimierungseffekte durch organisatorische und personalwirtschaftliche Maßnahmen aufgezeigt werden. Das Unternehmen kam zu dem Ergebnis, dass sich die Stellenanzahl in der Kernverwaltung um rd. 6 Stellen reduzieren lasse.

In den Vorjahren bis 2010 wurde daraufhin die Stellenzahl netto, d. h. ohne Berücksichtigung von Stellenzugängen für neue bzw. gestiegene Anforderungen um insgesamt 5,5 Stellen reduziert.

Vor diesem Hintergrund bittet die Verwaltung die Selbstverwaltung, die Notwendigkeit einer Produktkritik zur Haushaltskonsolidierung mittels der in der Vergangenheit gewählten und üblichen Verfahren (klassische Organisationsuntersuchungen etc.) nochmals kritisch zu hinterfragen.

Sofern der Auftrag bestehen bleibt, ist die Zeitschiene bis mindestens **Ende 2011** zu erweitern, da davon auszugehen ist, dass der Arbeitsaufwand für die zentrale Auswertung und Ausarbeitung in Eigenregie durch den Fachdienst Zentrale Dienste und die Projektgruppe beachtlich sein wird. Hinzu kommt die Belastung der Mitarbeiter/innen durch andere Aufgaben/Projekte wie beispielsweise Eröffnungsbilanz, Jahresabschlüsse etc.

Alternativ besteht die Möglichkeit, ein externes Beratungsunternehmen mit der Durchführung der erneuten Organisationsuntersuchung zu beauftragen. Hierfür wären in einem Nachtragshaushaltsplan Mittel bereitzustellen.

Andererseits besteht die Möglichkeit, durch ein von der Firma Petersen & Co. entwickeltes EDV-gestütztes Kennzahlensystem interne und externe Kostenvergleiche jederzeit durchzuführen und als Daueraufgabe einzuführen.

Das Verfahren wird mit Daten aus dem HKR-Verfahren und mit Daten des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein gespeist. Daneben sind individuelle Daten der Stadt einzutragen.

Daraus ergeben sich in unterschiedlichen Berichtsformaten Auswertungsmöglichkeiten, die nur die Stadt allein betreffen oder – sofern gewünscht und entsprechend vereinbart – Vergleiche mit anderen Gemeinden erlauben. Insbesondere durch den interkommunalen Vergleich können eigene Optimierungsbedarfe erkannt werden. Die Fa. Petersen & Co. hat angeboten, die Möglichkeiten im Hauptausschuss vorzustellen.

Michael Sarach
Bürgermeister